

# **Materialien**

für die 1. Tagung  
des 5. Stadtparteitages

## **Heft 2**

am 5. März 2016  
Veranstaltungssaal LVB,  
Angerbrücke, Jahnallee 56



## ÄA 1 zu Tagesordnung und Zeitplan

---

**AntragsstellerInnen:** Delegiertenberatung des SBV Süd, namentlich: Kay Kamieth, Lisa Umlauf, Barbara Höll, Anna Gorskih, Annegret Köhler, Tilman Loos sowie Max Wegener (Delegierter AG Antifaschistische Politik) und Steffen Rohkohl (Delegierter ADELE / Ökologische Plattform)

**Antrag:**

1. In der Tagesordnung wird der bisherige Punkt „13. Anträge“ nach Punkt „9. Entlastung des Stadtvorstandes“ zum neuen Punkt „10. Anträge“. Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend nach hinten.
2. Im Zeitplan wird 14:15 Uhr der Punkt „Anträge“ eingefügt. Die entsprechend nachfolgenden Uhrzeiten verschieben sich um 35 Minuten nach hinten.

**Begründung:**

Was passiert nach Wahlen? Richtig, der oder die ein oder andere\*r Delegierte\*r schleicht sich von dannen, denn das Wesentliche sei ja schon vorbei. Was natürlich nicht stimmt, denn die Anträge kommen ja noch. Antragsdebatten eignen sich zudem gut dazu, die Genoss\*innen, welche für ein Wahlamt kandidieren, besser kennenzulernen. Daher schlagen wir vor, die Anträge vorzuziehen. Das ist nicht zuletzt besonders für den Satzungsänderungsantrag relevant, bei dem absehbar ist, dass, sollte er so weit hinten behandeln, niemals realistisch das Quorum wird erreichen können (was witzigerweise ja Gegenstand des Antrags ist).

## **ÄA 1 zur Geschäftsordnung**

---

**Antragssteller:** Tilman Loos

**Antrag:**

Ersetze den letzten Satz in Punkt 3 der vorgeschlagenen Geschäftsordnung:

*„Liegt der Frauenanteil bei weniger als 25 Prozent, können Ausnahmen anerkannt werden, wenn ein Beschluss des Ortsverbandes/Zusammenschlusses dazu vorliegt.“*

durch:

*„Liegt der Frauenanteil bei weniger als 25 Prozent, können Ausnahmen anerkannt werden, wenn ein Beschluss des Ortsverbandes dazu vorliegt. Der Frauenanteil darf bei einer solchen Ausnahme gemäß §10 Abs. 4 der Bundessatzung jedoch nicht unter dem Frauenanteil des Ortsverbandes zum 31. Dezember des Vorjahres liegen.“*

**Begründung:**

- a.) Zusammenschlüsse können gemäß Bundessatzung keine Ausnahme beschließen.
- b.) Seit einer Änderung darf auch bei einer Ausnahme die Quote nicht unter den Frauenanteil des jeweiligen Orts-/Kreisverbandes liegen.

## ÄA 2 zur Geschäftsordnung

---

**Antragssteller:** Tilman Loos

**Antrag:**

Streiche in Punkt 4 der vorgeschlagenen Geschäftsordnung „mindestens 50% der Delegierten Frauen und“.

**Begründung:**

Gemäß des beschlossenen Delegiertenschlüssel gibt es insgesamt 113 Delegiertenplätze für den Stadtparteitag. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

<b>Struktur</b>	<b>Delegierte</b>	<b>Auf Listen zur Auf Sicherung der Listen Mindestquotierung</b>	<b>zur Auf der Listen gemischten</b>
Stadtbezirksverbände	84	46	38
Andere Ortsverbände	7	2	5
Zusammenschlüsse	14	2	12
Jugend	4	2	2
Senior*innen	4	2	2
<b>SUMME</b>	<b>113</b>	<b>54</b>	<b>59</b>

Was heißt das? Das heißt, dass durch die Vergabe der Delegiertenplätze nur sichergestellt ist, dass 54 der 113 Delegierten (entspricht 47,8%) Frauen sind, da nur so viele Plätze über Listen zur Sicherung der Mindestquotierung vergeben werden. Die bisherige Geschäftsordnungsregelung setzt jedoch für die Beschlussfähigkeit des Parteitags voraus, dass mindestens 50% der Delegierten (von Anwesenheit ist dort keine Rede) Frauen sein müssen. Das ist zwar im Rahmen des Delegiertenschlüssels möglich (wenn nämlich auf mindestens 3 Plätzen von gemischten Listen Frauen gewählt werden), aber unterliegt letztlich – und das ist sowohl die Crux, des Pudels Kern und der springende Punkt – der Zufälligkeit der Wahlergebnisse der delegierenden Strukturen.

Jetzt ist es nicht so, dass diese Geschäftsordnungsbestimmung an sich schlecht wäre. Sie ist nur nicht auf den Delegiertenschlüssel abgestimmt – oder andersherum.

Selbst wenn die 1. Tagung des 5. Stadtparteitags beschlussfähig ist, da auf insgesamt mindestens 3 Plätzen gemischter Listen Frauen gewählt worden sind (bzw. solche Plätze in höherer Anzahl frei geblieben sind), so hängt die Beschlussfähigkeit davon ab, dass keine der gewählten Frauen – sofern es keine Nachrücker\*innen gibt – auf ihr Mandat verzichtet. Sollte dies passieren bzw. in einer etwaigen Nachwahl in einem solchen Fall ein Mann statt zuvor einer Frau delegiert werden, droht permanent Beschlussunfähigkeit.

Der entsprechende Passus der GO sollte daher gestrichen werden. Wem der Passus lieb und teuer ist, müsste überlegen, wie man einen Delegiertenschlüssel so strickt, dass die Quotierung letztlich tatsächlich eingehalten wird.

## **ÄA 3 zur Geschäftsordnung**

---

**AntragstellerInnen:** Elisa Gerbsch, Kalle Willi Wollinger, Mathias Baumgarten, Richard Cybik, William Rambow

Der Antrag soll alternativ zwischen a und b abgestimmt werden.

Ergänze im Punkt 13.:

- a) Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei Minuten beantwortet werden.
- b) Antworten auf Nachfragen sind nicht zugelassen.

**Begründung:** Mündlich.

## ÄA 1 zur Wahlordnung

---

**AntragstellerInnen:** Elisa Gerbsch, Kalle Willi Wollinger, Mathias Baumgarten, Richard Cybik, William Rambow

Der Antrag soll alternativ zwischen a und b abgestimmt werden.

Ergänze im Punkt 4.:

- a) Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei Minuten beantwortet werden.
- b) Antworten auf Nachfragen sind nicht zugelassen.

**Begründung:** Mündlich.

## ÄA zu A.2

---

**Antragstitel:** Größe der zu wählenden Finanzrevisionskommission

**AntragstellerInnen:** Delegiertentreffen des SBV Leipzig-Süd, in persona: Elke Gladytz, Anna Gorskih, Susanne Scheidereiter, Marco Götze, Siegfried Schlegel, Kay Kamieth

**Antrag:**

Zeile 5: „...die Größe von fünf Mitgliedern...“, ändern in: „...die Größe von sechs Mitgliedern..“.

**Begründung:**

Die Größe der zu wählenden Finanzrevisionskommission sollte sich, unter Beachtung der Quotierung, an der Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber orientieren. Hauptgrund dafür ist, dass die nötige Arbeit so von mehr Menschen schneller und besser erledigt werden kann. Außerdem können so interessierte Menschen in die Aufgaben der Finanzrevisionskommission eingearbeitet werden, ohne altgediente Mitglieder heraus wählen zu müssen. Ebenfalls ist bei dieser Vorgehensweise eine Wahl per Block möglich.



## ÄA 1 zu A.3

---

**Antragstitel:** Programm für Vererbungen an die Stadt  
**AntragsstellerInnen:** Delegiertenberatung des Stadtbezirksverbandes Süd (namentlich: Tilman Loos, Lisa Umlauf, Susanne Scheidereiter...)

### **Antrag:**

Füge nach Zeile 122 folgenden Anstrich ein:

*„- Die Stadt Leipzig soll ein Programm auflegen, welches dafür wirbt, Wohneigentum und Grundstückseigentum an die Stadt bzw. die Eigenbetriebe / stadteigenen Gesellschaften zu vererben. Ein solches Programm soll Anreize für einen solchen Schritt schaffen und in den entsprechenden Zielgruppen für einen solchen Schritt werben.“*

**Begründung:** Dadurch soll einerseits ein Bewusstsein für universellen Anspruch auf Wohnraum in der Stadtbevölkerung gestärkt werden und andererseits eine weitere Möglichkeit des Günstigen Erwerbs von Grundstücken für die Stadt geschaffen werden. Ob ein solches Programm letztlich erfolgreich ist, lässt sich von vornherein nicht genau sagen. Durch den sehr begrenzten Aufwand ist dies jedoch allemal einen Versuch wert.“)

## ÄA 2 zu A.3

---

**Antragstitel:** Verpachtung statt Verkauf!  
**Antragssteller\*innen:** Delegiertenberatung des Stadtbezirksverbandes Süd (namentlich: Tilman Loos, Lisa Umlauf, Susanne Scheidereiter...)

### **Antrag:**

Füge nach Zeile 89 folgenden Anstrich neu ein:

*„- Mittelfristig möchten wir, dass die Stadt Leipzig aktiv Wohnbauflächen erwirbt und darüber hinaus grundsätzlich keine eigenen Grundstücke mehr verkauft sondern diese nur noch verpachtet.“*

Ersetze zudem beim Anstrich von Zeile 129 bis 131 nach dem letzten Satz endend in Zeile 131 folgenden Satz:

*„- Mittelfristig wollen wir eine neue Grundsatzregelung, wonach keine Veräußerungen mehr stattfinden.“*

**Begründung:** Die Stadt muss ihren Anteil am Eigentum an Grund und Boden aktiv ausbauen. Daher sollen in Zukunft Grundstücke grundsätzlich nicht mehr verkauft, sondern nur noch verpachtet werden.

## ÄA 3 zu A.3

---

**Antragstitel:** Aux maisons, citoyens!  
**Antragssteller\*innen:** Delegiertenberatung des Stadtbezirksverbandes Süd (namentlich: Tilman Loos, Lisa Umlauf, Susanne Scheidereiter...)

### **Antrag:**

Füge im Anstrich beginnend in Zeile 81 nach dem letzten Satz, endend in Zeile 84, folgenden neuen Satz ein:

*„Um das Eigentum an Wohnungen in Händen der Stadt, und damit auch der hier lebenden Menschen, auszubauen, sollen auch aktiv Wohneigentum aus Privatbesitz zurückgekauft werden.“*

### **Begründung:**

Der Wohnungsmarkt in Leipzig wird auch perspektivisch eher lukrativer für private Investoren. Die Stadt sollte daher nicht tatenlos zusehen, sondern aktiv Wohneigentum zurückkaufen. Ein Einwand hiergegen könnte sein, dass sich die Stadt dabei an der Spekulation am Wohnungsmarkt beteiligt. Hier ist jedoch klar zu sagen: Entweder profitieren private Investoren und machen auf Kosten der hier lebenden Menschen einen enormen Reibach, oder aber die Stadt und die Menschen profitieren. DIE LINKE steht ganz klar für Letzteres.

## ÄA 4 zu A.3

---

**Antragstitel:** Diskussionsstand

**AntragsstellerInnen:** Elisa Gerbsch, Marco Böhme, Ulf-Peter Graslaub

**Antrag:**

Ersetze Zeile 93 bis 94 durch folgende Überschrift:

„Diskussionsstand zu den wohnungspolitischen Leitlinien der Leipziger Linken“

**Begründung:** Der Wortlaut „Wohnungspolitische Ziele und sich daraus ergebende Aktivitäten der Leipziger LINKEN“ hat den Anschein bereits festgesetzter Inhalte und Vorhaben. Vielmehr sollte der Unterpunkt 5 den Diskussionsstand bereits erarbeiteter Ideen und Vorschläge zur weiteren Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzepts wiedergeben.

## ÄA 5 zu A.3

---

**Antragstellerin:** Juliane Nagel

Zeile 112.

Einfügen hinter "werden soll."

*Wir werden uns in die Debatte über die Entwicklung nachhaltiger Formen der sozialen Wohnraumförderung einbringen, damit verhindert werden kann, dass die Mietpreisbindungen nach dem jeweiligen Förderzeitraum auslaufen und das Mietniveau steigt.*

**Begründung:**

Die staatliche Subvention von Sozialwohnungen erfolgt u.a. durch Belegungsbindungen für einen gewissen Förderzeitraum (i.d.R. 15 Jahre). Danach verlieren diese Wohnungen ihren Status. In Sachsen gingen in den letzten 14 Jahren mehr als 35.000 Sozialwohnungen verloren. In Leipzig geht der Anteil auf Null. Es braucht Anschlussförderungen oder ganz neue Formen der sozialen Wohnraumförderung um nachhaltig bezahlbare Mieten zu gewährleisten.

Nach Zeile 131:

Einfügen:

*Die Schaffung kooperativer Wohnformen durch nichttrenditeorientierte Träger wird unterstützt. Dazu gehört auch das Wohnen in Wagen (so genannte Wagenplätze), das eine rechtlich sichere Basis bekommen sollte.*

**Begründung:**

mündlich

## ÄA 1 zu A.4

---

**Antragstitel:** „rassistischen und antidemokratischen Bewegungen aktiv entgegentreten“

**AntragstellerInnen:** Marco Böhme, Beate Ehms, Ulf-Peter Graslaub

**Der Stadtparteitag ersetzt die Zeilen 8-14 des Antrags A4 mit folgendem Text:**

DIE LINKE. Leipzig wird weiter dafür kämpfen, dass Legida und andere rechte Gruppierungen in Leipzig keinen Fuß fassen. Wir widersetzen uns entschlossen und friedlich der rassistischen Hetze. Dazu werden wir unsere Bündnisarbeit mit den zahlreichen Initiativen, Vereinen und Bündnissen gegen Legida intensivieren. Das heißt konkret (wenn es notwendig wird) Infrastruktur (Technik, Pappschilder für Plakate, Flyer, Tonanlagen, Generatoren, etc.) für die Mobilisierung und Demodurchführung vor Ort bereitzustellen, sich finanziell an entstehenden Kosten zu beteiligen und die Mitglieder des Stadtverbandes intensiver über Gegenproteste zu informieren und dazu aufzurufen, sich weiter aktiv zu beteiligen.

Am 07.März gibt es zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen. So zum Beispiel:

- Um 18 Uhr eine Demo vom Augustusplatz zur Hainspitze mit thematischer Bezug zum internationalen Frauentag am folgenden Tag. Als Rednerin spricht u. a. unsere Parteivorsitzende Katja Kipping.
- Um 17 Uhr eine Demo vom Lindenauer Markt über die Jahnalle, Friedrich-Ebert-Straße, Neues Rathaus zur Schillerstraße.
- Eine Mahnwache ab 18 Uhr am Dittrichring 13 (Stolperstein Familie Frankenthal), sowie am Mahnmal der ehemaligen Synagoge in der Gottschedstraße.

**Begründung:** Wir dürfen nicht locker lassen! Auch wenn Legida immer schwächer wird und ihre gesellschaftliche Relevanz in der Bedeutungslosigkeit verschwindet, sind sie immer noch der Nährboden für Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge, Linke und diese demokratische Gesellschaft. In vielen Städten gibt es Flyer, ja sogar Plakatreihen von unseren Genoss\_innen um den Protest zu unterstützen. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir nur noch als Einzelkämpfer bei den Protesten gegen die Rassisten da stehen. Wir müssen gemeinsam aktiv bleiben, mobilisieren und lautstark protestieren!

## Dringlichkeitsantrag D.1

---

**Antragstitel:** Keine städtischen Investitionen in fossile Energieträger und ökologisch bedenkliche Projekte!

AntragstellerInnen: ADELE Leipzig, Angela Müller, Micha Lauter, Marco Böhme, Steffen Rotkohl, Elisabeth Richter, Hans Zschötze u. a.

### **Der Stadtparteitag möge beschließen:**

Die Stadtrats-Fraktion der Partei DIE LINKE setzt sich zukünftig gegen unökologische Finanzanlagen der Stadt Leipzig ein.

Hierzu möge die Stadtratsfraktion folgende Maßnahmen unternehmen:

Die Erarbeitung eines Richtlinienvorschlages für kommunale Finanzrücklagen, der gewährleistet, dass die Stadt Leipzig nicht in Unternehmen investiert, deren Gewinne auf unökologische Geschäftspraktiken beruhen. Dazu zählen Unternehmen, die an der Bereitstellung, Veredelung oder dem Vertrieb von nuklearen oder fossilen Energieträgern, mit Ausnahme von Erdgas, beteiligt sind.

Es soll geprüft werden, ob bestehende kommunale Finanzrücklagen aus entsprechenden Unternehmen abgezogen werden können. Hierzu zählen auch Finanzanlagen der Beteiligungsgesellschaften.

### **Begründung:**

Der Kauf oder der Besitz solcher Aktien, Anleihen oder andere Investitionen, stellt finanzielle Ressourcen für umweltzerstörerische Aktivitäten bereit. Eine internationale Divestment-Kampagne ruft zu einem Stopp solcher Investitionen und dem Verkauf fossiler Vermögenswerte (Divestment), auf. Im vergangenen Jahr trennte sich der norwegische Pensionsfonds, der rund 850 Milliarden Dollar Investitionsvolumen umfasst, von seinen klimaschädlichen Investitionen; auch die englische Kirche steckt kein Geld mehr in fossile Energieträger. Im Februar 2016 entschied Kopenhagen, dass die in einem Investmentfonds verwalteten Rücklagen der Stadt nicht mehr in Kohle, Öl und Gas fließen sollen. In Deutschland hat sich jüngst die Stadt Münster – als erste deutsche Stadt – dazu entschlossen, Kapital aus Industrien fossiler Energien abzuziehen. Des Weiteren wird der weltgrößte Versicherer, die Allianz, ihre Kohleanleihen auslaufen lassen.

Die Stadt Leipzig besitzt Finanzanlagen in fossile Energien. ADELE beteiligt sich derzeit gemeinsam mit anderen Akteuren an einer lokalen Divestment-Kampagne. Diese Kampagne startete nach Antragsschluss für diesen Parteitag. Zudem gab es nach Antragsschluss das Bekenntnis des Oberbürgermeisters für die weitere Unterstützung der Braunkohle.

Es gibt **drei überzeugende Argumente**, welche die Begründung des Divestments bilden:

#### **1. Moralisch**

Um die bereits im Gang befindlichen weltweiten Klimaveränderungen zu begrenzen, sollten wir den fossilen Brennstoffsektor, der letztlich die Zerstörung unseres Planeten verursacht, weder aktiv unterstützen noch von dessen Geschäften profitieren. Zudem stellt der Klimawandel eine

bedeutende Fluchtursache für Menschen aus dem globalen Süden dar. Die Partei DIE LINKE setzt sich dafür ein, aktuelle Fluchtursachen zu bekämpfen.

## **2. Finanziell**

Rund zwei Drittel aller bekannten fossilen Energiereserven müssen im Boden bleiben, wenn wir den prognostizierten globalen Temperaturanstieg unter 2°C halten wollen. Gegenwärtig investieren die Unternehmen im fossilen Brennstoffsektor massiv in neue Explorationen. Ein großer Teil der weltweiten fossilen Reserven wird jedoch seinen Wert verlieren, sobald der Markt realisiert, dass aufgrund politischer Entscheidungen im letzten Jahr nicht alle vorhandenen Kohle-, Öl- und Gasreserven verkauft oder verbrannt werden können. Der Marktwert dieser Unternehmen spiegelt diese Tatsache noch nicht bzw. nur begrenzt wider. Das finanzielle Risiko, das sich für öffentliche und private Investoren aus dieser „Kohlenstoffblase“ ergibt, soll durch Divestment thematisiert und reduziert werden.

## **3. Demokratisch**

Wenn Kommunen, aber auch staatliche Rentenkassen oder Versicherungsunternehmen im großen Maße im fossilen Energiesektor investiert haben, begeben sie sich in Abhängigkeit. Die Erwartung auf Gewinn aus diesen Investitionen schmälert damit unsere demokratische Fähigkeit, eine effektive Klimapolitik wie beispielsweise über ehrgeizige Emissionsreduktionsziele zu beschließen.